

## **Finanzmarktwächter Verschenkte Millionen**

Der Verbraucherschutz bekommt immer mehr Geld. Vor allem, um Finanzmarktwächter ins Leben zu rufen, die Geldanlagen beurteilen sollen. Wozu soll das gut sein?

23.11.2015, von Corinna Budras



© Frank Röth Hunderte von Verbraucherschützern machen sich jeden Tag ans Werk.

Millionen für die „Finanzmarktwächter“: Verschenktes Geld

Finanzmarktwächter: Wo bleibt da der mündige Bürger?

Die schlechte Nachricht vorweg: Die Deutschen können nicht mit Geld umgehen. Eine dunkle Ahnung davon hatte man ja schon lange, aber nun ist es amtlich: Acht von zehn Haushalten besitzen ein „nicht bedarfsgerechtes Anlageprodukt“, wie der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) bekanntgab. Zu diesem Schluss kam er nach einer gründlichen Auswertung von mehr als 600 Beratungen aus sechs Verbraucherzentralen in Deutschland.

Nicht bedarfsgerecht bedeutet im Klartext: zu teuer, zu wenig rentabel, zu unflexibel oder schlicht zu riskant, aber trotzdem erlaubt. Das ist natürlich ein bestürzender Wert, deshalb war es gut, dass der VZBV im März auch schon gleich eine Lösung für dieses Problem vorstellte. Diese unglücklichen Kunden brauchen jemanden, der ihnen beiseite steht. Der für sie den Markt beobachtet oder vielmehr: bewacht. Vorschnell könnte man da an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht denken, kurz Bafin - also jene staatliche Aufsichtsbehörde, die für Banken, Versicherungen und sonstige Finanzinstitute zuständig ist. Oder an die Polizei und die Staatsanwaltschaften mit Schwerpunkt im Anlagebetrug. Oder an Gerichte, mit deren Hilfe man sich aus unfairen Vertragsklauseln herausklagen kann.

Nein, es geht viel besser: Der einzig Richtige für diesen Job ist ein „Finanzmarktwächter“. Und der ist praktischerweise Teil eines Frühwarnsystems, das das neu geschaffene Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für 5,6 Millionen Euro im Jahr installiert hat. Bis Ende 2017 ist die Finanzierung gesichert, das sind schon einmal knapp 17 Millionen Euro.

Mit dabei außerdem ein Marktwächter Digitale Welt. Denn: „Nicht alle Verbraucher sind gleichzeitig Finanzexperten oder digitale Pioniere“, stellt der VZBV klar. Ganz so, als müsste man erst eine Schreinerlehre gemacht haben, um eigenständig eine neue, natürlich „bedarfsgerechte“ Küche kaufen zu können.

**„Empirisch fundierter Verbraucherschutz“**

Nun darf man bei dieser Gelegenheit einmal fragen, ob der Verbraucher wirklich effektiv vor leider völlig „unrentablen“ Investitionen geschützt werden kann, solange sich die Aktienmärkte so unvorhersehbar mal nach oben und mal nach unten bewegen. Und ob er geschützt werden sollte. Und man darf fragen, ob diese Beratungen wirklich einen akkuraten Überblick über die dramatische Situation am Markt geben: Schließlich werden die Verbraucherzentralen gerade nicht von Kunden aufgesucht, die vollends zufrieden mit dem gekauften Produkt sind.

Doch diese Fragen sind ohne Belang, den „Finanzmarktwächter“ und seinen Kollegen für die digitale Welt gibt es nun schon seit März. Allerdings, das sei zur Erklärung einmal gesagt, verbirgt sich dahinter kein Mensch aus Fleisch und Blut, der gut gerüstet die Rechte der Verbraucher verteidigt, sondern eine neu geschaffene Institution, die die Informationen der 16 Landesverbraucherstellen mit ihren 200 Beratungsstellen in Deutschland bündelt.

Deshalb muss man schon den VZBV-Vorstand Klaus Müller fragen, um die ganze Tragweite dieses Projekts zu erfassen. „Wir verfolgen mit den Marktwächtern einen neuen Ansatz des empirisch fundierten Verbraucherschutzes“, sagt er. Das bedeutet: Endlich können die ganzen Informationen, die schon immer in den Landesverbraucherzentralen herumliegen, gebündelt und zu einer „Marktbeobachtung“ ausgebaut werden. Flankiert wird das Ganze durch Marktstudien, die helfen sollen, Marktverwerfungen früh zu erkennen.

## **Etat elegant aufgestockt**

„Wichtig ist es uns, mehr Ratio in die Verbraucherpolitik zu bringen“, sagt Müller. Denn bisher standen die Landesverbraucherzentralen zwar dem Kunden mit Rat und Tat zur Seite, aber sie konnten daraus keine allgemeinen Schlüsse für den gesamten Markt ziehen. „Systematische Marktbeobachtung und der intensive Austausch von Erkenntnissen waren nicht drin. Dazu fehlten uns die Kapazitäten“, sagt Müller und meint damit natürlich vor allem eins: Es fehlte Geld.

Die Idee der systematischen Marktbeobachtung klingt bestechend, deshalb hat die Idee auch viele Anhänger gefunden. Wer kann auf den ersten Blick schon etwas gegen Verbraucherschutz sagen? Besonders beim VZBV kam die Idee gut an. Nicht nur, weil sie von ihm selbst kam. Es ist eine elegante Art, den eigenen Etat von knapp zehn Millionen Euro aus dem vergangenen Jahr noch einmal um die Hälfte aufzustocken. Hinzu kommen noch Projektmittel, die 2014 ebenfalls bei gut zehn Millionen Euro liegen. Auch die Behörden sind inzwischen angetan von dem Charme der Informationsflut, die der VZBV aus den rund 110.000 Verbraucherberatungen im Jahr zieht. Selbstverständlich anonymisiert, sonst wäre er wahrscheinlich selbst ein Fall für den Marktwächter.

Auch die SPD ist schon lange ein starker Mitstreiter, sie wünscht sich einen Marktwächter, der „schnüffeln, bellen und auch mal beißen kann“. Nur CDU und FDP waren in der vergangenen Legislaturperiode noch vehement dagegen, deshalb ist der Plan auch im ersten Anlauf 2013 krachend gescheitert.

## **W(G)egen Prokon und S&K**

Inzwischen hat sich das politische Blatt gewendet, es regiert eine schwarz-rote Koalition, die FDP ist aus dem Parlament geflogen, und inzwischen hat der Verbraucherschutz auch im Bundesjustizministerium eine starke Stimme. Die gehört Gerd Billen, der vorher an der Spitze des VZBV stand und nun als Staatssekretär im Bundesverbraucherministerium seinen Traum von effektiven Marktwächtern umsetzen kann.

Die Anlegerskandale bei Prokon und der dubiosen S&K-Gruppe, die gerade juristisch mit viel Aufwand aufgearbeitet werden, taten ein Übriges, um die Zauderer zu überzeugen. Wäre es nicht schön, wenn solche Betrügereien künftig früh erkannt oder sogar verhindert werden könnten? Wer möchte da kleinlich sein, wenn es um einige zusätzliche Millionen geht?

Für die Wirtschaft ist es allerdings nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des Prinzips. Sie sieht das Projekt mit großem Unbehagen, schließlich ist der VZBV keine neutrale staatliche Stelle, so wie die Bafin, sondern eine Interessenvertretung der Verbraucher.

## **Wo bleibt der „mündige Bürger“?**

Am lautesten protestierte der Deutsche Dialogmarketing Verband e. V., dem der Einfluss der „Verbraucherschutzlobby“ auf das Justizministerium schon seit langem ein Dorn im Auge ist. „Dieses Szenario ist der Einstieg in die Entmündigung und ideologische Bevormundung von uns Bürgern“, kritisierte DDV-Präsident Patrick Tapp prompt die Einführung der Marktwächter.

Sie sind der deutlichste Beweis für den fundamentalen Wandel, der sich in der Verbraucherpolitik gerade vollzieht. Lange Zeit galt der Verbraucher als „mündiger Bürger“. Es war das zentrale Leitbild, das das Wirtschaftsleben jahrzehntelang geprägt hat und auch von den Gerichten akzeptiert wurde. Der Europäische Gerichtshof geht in seiner Rechtsprechung von einem verständigen Durchschnittsverbraucher aus, der angemessen informiert, aufmerksam und kritisch ist. Daran musste sich alles messen lassen, insbesondere, was sich Unternehmen bei ihrer Werbung und ihren Angeboten alles leisten können. Je dümmer man den Verbraucher macht, desto mehr kann der Staat verbieten.

## **Formularberge und Institutionen-Overkill**

Dass Verbraucherschutz in der Vergangenheit nicht immer eine große Verheißung war, zeigen all jene AGBs und Informationsschreiben, durch die sich der Verbraucher auf dem Weg zu einem Vertragsschluss wühlen muss - mit dem Ergebnis, dass er an alles entnervt ein Häkchen macht, ohne die Konsequenzen zu kennen. Hauptsache, er kann sein Facebook-Konto weiterführen.

Auch die Beratungsprotokolle für den Verkauf von Finanzprodukten, die 2010 mit großer Erwartung eingeführt wurden, haben eher einen gegenteiligen Effekt: Nun nutzen Berater den Blätterberg, um sich von jeglicher Verantwortung zu befreien. Seit neuestem wird dem Kunden sogar das Klagen abgenommen: Verbraucherverbände haben inzwischen ein Klagerecht beim Datenschutz.

Dann gibt es schlicht Kritiker, die einen Institutionen-Overkill befürchten und eine Vermischung der Kompetenzen. „Wir müssen nicht jedem Problem eine neue Institution hinterherwerfen“, sagt etwa Erik Schweickert. Er lehnte als FDP-Abgeordneter 2013 das Vorhaben vehement ab - und ist auch heute nicht überzeugt. „Die SPD wollte, dass die Marktwächter schnüffeln, bellen, beißen. Aber beißen sollen doch die, die es auch dürfen.“ Sanktionen gehen nur über den Staat. „Schon jetzt werden Verstöße entsprechend reguliert und verurteilt. Jetzt kommt eine weitere Instanz hinzu“, sagt auch DDV-Präsident Patrick Tapp. „Das ist unnötig und verschwendet Geld.“

## **Ziel ist nur Beobachten**

Tatsächlich stehen auch handfestere Sorgen als das Geld des Steuerzahlers hinter der geballten Kritik aus der Wirtschaft. Die Unternehmen fürchten, vorschnell an den Pranger gestellt zu werden, was in diesen Zeiten sogar ein Todesurteil werden kann. Diese Bedenken sind natürlich auch VZBV-Vorstand Klaus Müller bestens bekannt. Sie führen dazu, dass er, entgegen seinem überschäumenden Naturell, nun wesentlich zurückhaltender auftritt.

Die Frage, wann denn die Marktwächter den nächsten Prokon-Skandal aufdecken, pariert er mit den Worten: „Das ist eine schwierige Erwartungshaltung. Sie führt bei vielen Anbietern zu der Sorge, dass sie an den Pranger gestellt werden. Aber das ist nicht das primäre Ziel der Marktwächter. Vielmehr geht es um Marktbeobachtung.“

## **Erste Erkenntnisse nicht sehr erhellend**

Damit allerdings verärgert er genau diejenigen, die große Hoffnungen an die Einführung der Marktwächter geknüpft haben und sich davon auch eine größere Durchschlagskraft erhofft haben. Das dürfte auch der Grund sein, warum die Marktwächter auch ein halbes Jahr nach der Einführung einer breiten Öffentlichkeit noch vollkommen unbekannt sind. Nur langsam kommen sie in die Gänge, erst 2018 sollen sie voll arbeitsfähig sein.

Bisher konnten sie nur mit ersten Untersuchungen glänzen, deren Überraschungsgehalt sich allerdings in Grenzen hielt. Eine Umfrage zu Dispozinsen hat jüngst ergeben: „Kreditinstitute informieren Verbraucher auf ihren Internetseiten nur unbefriedigend zu ihren Dispositionskrediten.“

In der digitalen Welt waren die Erkenntnisse ähnlich tiefschürfend, dort wurden Streaming-Dienste unter die Lupe genommen. Jeder vierte Nutzer berichtet danach von Problemen beim Streaming, darunter häufige Störungen beim Empfang, Probleme mit Preisen und Mitgliedschaft sowie urheberrechtlichen Fragen, etwa der Unterscheidung legaler und illegaler Angebote. So sieht also das Schnüffeln aus. Da darf man gespannt auf das Bellen sein.